

ÉPREUVE ÉCRITE

Ministère de l'Éducation nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse

EXAMEN DE FIN D'ÉTUDES SECONDAIRES TECHNIQUES

2014

Division des Professions de Santé et des Professions sociales
Section de la formation de l'éducateur, de l'infirmier et des sciences de la santé

BRANCHE : ALLEMAND

DATE : 3 juin 2014

DURÉE : 3 heures

I. Sachtex te (30 Punkte)

Gau ck wegen Olympia-Boykott in der Kritik

- 5 Bundespräsident Joachim Gau ck wird nicht zu den Olympischen Winterspielen nach Sotschi reisen. Das habe das Bundespräsidialamt der russischen Regierung in der vergangenen Woche mitgeteilt, berichtet der *Spiegel*. Eine Sprecherin des Bundespräsidenten bestätigte am Sonntag den Bericht. Die Absage sei dem Nachrichtenmagazin zufolge als Kritik an den Menschenrechtsverletzungen und der Drangsalierung der Opposition in Russland zu verstehen. Die Olympischen Spiele in London im Sommer 2012 hatte Gau ck besucht. Seine Sprecherin wies jedoch darauf hin, dass es keine feste Regel gebe, dass Bundespräsidenten an Winterspielen teilnähmen. Auch Horst Köhler sei nicht zu den Spielen 2010 im kanadischen Vancouver gereist.
- 10 Anlässlich der Winterspiele in Sotschi, die im Februar 2014 stattfinden, protestieren zahlreiche Sportler gegen die harschen Anti-Homosexuellen-Gesetze, die die russische Regierung im Juni verabschiedet hat. Diese stellen unter anderem die „Propaganda“ für Homosexualität gegenüber Minderjährigen unter Strafe.
- 15 Gau ck sei daran gelegen, dass seine Absage nicht als Geringschätzung der Athleten gedeutet werden kann, berichtet der *Spiegel* weiter: Er wolle die deutschen Olympia-Teilnehmer am 24. Februar bei ihrer Rückkehr in München empfangen. Mit diesem Schritt bleibt der Bundespräsident seiner distanzierten Haltung gegenüber Russland treu. Seit seinem Amtsantritt im März 2012 hat er dem Land noch keinen offiziellen Besuch abgestattet; mehrmals kritisierte er rechtsstaatliche Defizite sowie eine Behinderung kritischer Medien in dem Land. Ein für Juni 2012 geplantes Treffen mit Gau ck ließ Präsident Wladimir Putin platzen, angeblich aus Termingründen.
- 20 Von einer „tollen Geste der Unterstützung für alle, die in Russland für Bürgerrechte und Demokratie kämpfen“, sprach der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning. Auch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth sprach von einem ermutigenden Signal. Aus Union und SPD kam allerdings verhaltene Kritik an Gau cks Entscheidung. „Man muss sich fragen, ob man damit nicht auch die Menschen im Land trifft“, sagte der CDU-Außenpolitiker Andreas Schockenhoff der Zeitung *Die Welt*.

